

Der Bund besitzt 51 Prozent der viscom-Aktien und erhält jährlich 600 Millionen Franken Dividenden. Die Aktien könnten am Markt derzeit 13 Milliarden Franken verkauft und sofort belehnt werden. Und das Loch der fehlenden 600 Millionen Franken Dividenden?

Eine Variante wäre, diese noch fünf Jahre lang aus dem Verkaufserlös zu zahlen. Danach ist Schluss, und Bundesrat und Parlament haben Zeit, nötige Kürzungen im Budget zu planen. Der Armee blieben netto 10 Milliarden, eine Frau Amherds Schuldenaufnahme. Jacques Trachsler, Zürich

Kein Gegenvorschlag für SVP-Initiative

Die masslose und ungebremste Zuwanderung ist ein Thema, das die Schweiz als Ganzes angeht, auch wenn es nur von einer Partei bewirtschaftet wird («Die Zuwanderung überschattet das EU-Konkurrenz», NZZ 27. 6. 24). Das Ignorieren der dadurch anstehenden Probleme wie Wohnungsnot, überlastete Infrastruktur oder überfüllte Gefängnisse, um nur zwei Beispiele zu nennen, löst diese Probleme nicht, im Gegenteil.

Der Beschluss des Bundesrates, die Zuwanderungsinitiative abzulehnen und keinen Gegenvorschlag auszuarbeiten, ist hochriskant. Sollte diese angenommen werden, und davon ist auszugehen, sitzt es nichts, den Kopf in den Sand zu stecken und eine Vogel-Strauss-Politik zu betreiben.

Wie naiv muss man denn sein, um zu hoffen, dass mit einem «Konzept für Begleitmassnahmen», wie beispielsweise zum Thema Wohnungsnot einen stärkeren Mieterschutz ins Auge zu fassen, mehr Wohnraum zur Verfügung steht?

Mit dem Verzicht auf einen Gegenvorschlag erhöht der Bundesrat die Chance auf eine Annahme der Initiative. Damit würden die Verhandlungen zum Thema Personenfreizügigkeit obsolet, und die Abstimmung zu den Bilateralen würde in höchstem Masse gefährdet.

Ernst Winkler, Schwerzenbach

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Asylsuchende mit Negativentscheid

Gastkommentar

von DANIEL WINKLER

Abgewiesene eritreische Asylsuchende mit Negativentscheid sollen über Drittstaaten nach Eritrea zurückgeschickt werden können. Das Parlament hat entschieden, dass der Bundesrat sich um ein Transitabkommen bemühen soll. Zwangsweise können Abgewiesene aus Eritrea nicht in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden, da ein Rückübernahmeabkommen fehlt. Freiwillig kehren die Betroffenen – derzeit betrifft es 278 Personen – nicht zurück, obwohl sie hier keine Lebensperspektiven haben und die prekären Nothilfestrukturen ein sinnvolles Leben verunmöglichen. Sie dürfen nicht arbeiten und erhalten zu wenig Geld, um menschenwürdig zu existieren. Ganze Familien wohnen seit Jahren auf engstem Raum in Rückkehrzentren.

Diese Vergrämungsstrategie hat bei vielen jungen eritreischen Männern gewirkt: Sie haben sich ins benachbarte Ausland abgesetzt in der Hoffnung, nicht als Dublin-Fälle wieder in die Schweiz zurückgeführt zu werden. Für Frauen mit Kindern und Familien jedoch ist ein Leben in der Illegalität undenkbar, und sie sind hier geblieben. Nach Eritrea kehren sie auch nicht zurück, weil das Land für sie zu einem Unort geworden ist. Eduard Gnesa, ehemaliger Direktor des Bundesamts für Migration, sagte dazu in der NZZ (23. 11. 23): «Es gibt kein Parlament, keine Verfassung, keine unabhängigen Gerichte, keine freie Presse (. . .). Man kann das schon mit Nordkorea vergleichen.» In Eritrea hat sich in den vergange-

Für die eritreische wie die iranische
Gruppe Abgewiesener gilt:
Sie sind ein «Kollateralschaden»
einer restriktiven Flüchtlingspolitik.

nen Jahren nichts verändert. Das hat seinen guten Grund: Es gehört zum Wesen von Langzeitdiktaturen, die Zügel straff zu halten.

Während der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 erklärte die damalige Bundesrätin Simonetta Sommaruga, dass keine Geflüchteten aus Eritrea zurückgewiesen würden. Der innenpolitische Druck wurde dann aber zu gross, und so kam es im Juni 2016 zur Praxisänderung des Staatssekretariats für Migration. Eritreer erhielten von nun an immer häufiger Negativentscheide – es ging darum, den Pull-Effekt zu bremsen. Im vergangenen Jahr wurden noch 705 Primärgesuche aus Eritrea gezählt. Von den weiteren 1403 Sekundärgesuchen fallen 1207 auf Geburten in Familien, die seit Jahren in der Schweiz leben. Es gibt also, entgegen der oft wiederholten politischen Polemik, keine Tausende neuen eritreischen Flüchtlinge.

Die iranischen Flüchtlinge erleben dasselbe. Auch sie erhalten in hoher Zahl einen Negativentscheid, werden aber nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren, denn die Menschenrechtssituation ist zu prekär. Viele der Geflüchteten sind ausserdem Kurden, die in Iran überdurchschnittlich häufig von politischen Repressionen betroffen sind. Für die eritreische wie die iranische Gruppe Abgewiesener gilt: Sie sind ein «Kollateralschaden» einer restriktiven Flüchtlingspolitik, mit der die Sogwirkung auf die Schweiz gebremst werden soll. Sie beruht auf einer Entscheidung, die die Stimmung gegenüber Geflüchteten innerhalb der Bevölkerung widerspiegelt, die mehr auf Emotionen als auf Fakten basiert.

Vor achtzig Jahren hiess es, die Schweiz als kleines Rettungsboot könne unmöglich die Tausende Opfer einer Schiffskatastrophe aufnehmen. Diese Analogie wird bis heute in Debatten bemüht. Wären da nicht die vielen Mangelberufe und eine Wirtschaft, die existenziell auf Arbeitskräfte angewiesen ist. Wäre da nicht unsere noch immer überschäumende Prosperität, für die wir dankbar sein können. Wären da nicht die Abgewiesenen, die einen sozialen Tod erleiden und über Jahre in absoluter Perspektivlosigkeit existieren. Es wäre an der Zeit, sie ins Leben zurückzuholen.

Daniel Winkler ist evangelisch-reformierter Pfarrer in Riggisberg (BE) und engagiert sich in der Flüchtlingsarbeit, u. a. in der Aktionsgruppe Nothilfe.